

Abstimmungen am 28. November 2010

Eidgenössische Vorlagen

NEIN zur „Ausschaffungs-Initiative“ JA zum Gegenvorschlag Stichfrage: Gegenvorschlag

Die Initiative listet willkürlich einige Straftatbestände auf, welche zur Ausschaffung führen sollen. Dabei wird die schwere des Verschuldens nicht berücksichtigt. Andere Tatbestände führen aber auch bei schwerem Verschulden nicht zur Ausschaffung.

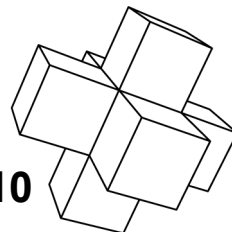
Der Gegenvorschlag ermöglicht die Ausschaffung bei allen Straftaten, wenn eine Gefängnisstrafe von über einem Jahr ausgesprochen wird. Mit der Berücksichtigung des Strafmasses ist die Verhältnismässigkeit gewährleistet.

Nur mit dem Gegenvorschlag ist eine konsequente Ausschaffung von kriminellen Ausländern ohne Verletzung unserer schweizerischen rechtsstaatlichen Grundprinzipien möglich.

FDP

Die Liberalen

FDP.Die Liberalen Pratteln



Abstimmungen am 28. November 2010

Eidgenössische Vorlage

NEIN zur Steuergerechtigkeits-Initiative

Die Kantone sollen weiter in einem Standortwettbewerb zueinander stehen, zu welchem auch, aber nicht nur, der Steuerwettbewerb gehört. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Steuergelder vom Staat effizient eingesetzt werden und die Steuern für alle möglichst tief bleiben.

Die Initiative beschneidet die Steuerhoheit der Kantone entscheidend und ist ein unnötiger Eingriff in die Kantonsautonomie.

Degressive Steuertarife sind gemäss Bundesgericht schon heute nicht erlaubt.

Kantonale Vorlage

JA zum Wechsel der richterlichen Überprüfungsbehörde betreffend Polizeigewahrsam